

Antrag an das Wirtschaftsparlament der

Wirtschaftskammer Salzburg am 09. 05. 2023

**Änderung der Kündigungsfristen im Gastgewerbe**

Seit Oktober 2021 gilt in Österreich bei Kündigung von AbeiterInnen und Angestellten durch ArbeigeberInnen gesetzlich eine mindestens 6-wöchige Frist.

Für **Saisonbranchen** können im Branchenkollektivvertrag praxisgerechte, kürzere Fristen bzw. flexiblere Regelungen vereinbart werden. Für das Hotel- und Gastgewerbe hatten sich die Fachverbände mit der Gewerkschaft vida grundsätzlich auf eine 14-tägige Kündigungsfrist im Kollektivvertrag geeinigt.

Da diese Vereinbarung von der Gewerkschaft vida nachträglich bestritten wurde, haben die gastgewerblichen Fachverbände den Obersten Gerichtshof (OGH) zur Klärung angerufen.

Im nun vorliegenden **Beschluss des OGH** bestätigt dieser zwar vollinhaltlich die wesentlichen rechtlichen Argumente der Fachverbände Gastronomie und Hotellerie. Nicht nachgewiesen werden konnte allerdings, dass es sich beim Gastgewerbe um eine Saisonbranche handelt. Von Seiten der gastgewerblichen Fachverbände wird alles versucht, um eben diesen Nachweis zu erbringen.

Der Oberste Gerichtshof hat den Fachverbänden Hotellerie und Gastronomie darin beigestimmt, dass kollektivvertragliche Bestimmungen nicht ihre Geltung verlieren, wenn sie den Vorgaben einer neuen gesetzlichen Ermächtigung entsprechen. Mit anderen Worten: Wenn es zu einer Gesetzesänderung kommt und ein vor dieser Gesetzesänderung abgeschlossener Kollektivvertrag Regelungen enthält, die dieser Gesetzesänderung entsprechen, dann gelten diese Regelungen im Kollektivvertrag auch nach der Gesetzesänderung weiter und müssen nicht neu vereinbart werden.

Grundsätzlich war es daher zulässig, dass die Kollektivverträge für das Hotel- und Gastgewerbe die Kündigungsfristen von 14 Tagen über den Termin der gesetzlichen Angleichung der Kündigungsregeln der Arbeiter:innen und der Angestellten am 01.10.2021 hinaus unverändert belassen haben. Allerdings hat der Oberste Gerichtshof im Auge behalten, dass kürzere Kündigungsfristen in Kollektivverträgen nach § 1159 ABGB nur für Branchen vereinbart werden dürfen, in denen Saisonbetriebe überwiegen. Er hat daher überprüft, ob nach den vorgelegten Unterlagen die Hotellerie und  das Gastgewerbe eine solche Branche darstellen.

Berücksichtigt hat er dabei, dass

* das Hotel- und Gastgewerbe als eine **einheitliche Branche** anzusehen ist,
* es für das Überwiegen von Saisonbetrieben innerhalb der Branche auf die **zahlenmäßige Mehrheit der Betriebe** ankommt
* ein regelmäßiges zu gewissen Zeiten des Jahres erheblich verstärktes Arbeiten **Zeiten mit einem geringeren Arbeitsaufkommen** voraussetzt
* für das verstärkte Arbeiten auf einen **erhöhten Personalstand** abzustellen ist und
* ein erheblich verstärktes Arbeiten bei einem **Anstieg des Beschäftigtenstandes im Ausmaß von mindestens einem Drittel** jedenfalls gegeben ist.

Anhand der von den Fachverbänden Hotellerie und Gastronomie vorgelegten Zahlen konnte der Oberste Gerichtshof allerdings nicht erkennen, dass im Hotel- und Gastgewerbe die Saisonbetriebe überwiegen und damit die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anwendung der  14-tägigen Kündigungsfristen erfüllt sind. Er hat den Antrag der Fachverbände daher abgewiesen.

Der Oberste Gerichtshof **sieht die Voraussetzungen dafür**, dass im Hotel- und Gastgewerbe für Arbeiter:innen **weiterhin die 14-tägigen Kündigungsfristen** angewendet werden können, **aktuell als nicht gegeben an**. Ob in einem weiteren Feststellungsverfahren die Fachverbände Hotellerie und Gastronomie belegen können, dass im Hotel- und Gastgewerbe überwiegend Saisonbetriebe tätig sind, muss vorerst offenbleiben, ist aber derzeit irrelevant.

Das bedeutet: **Bis zu einem etwaigen weiteren Urteil des Obersten Gerichtshofes, in dem dieser auf Basis einer neuen Sachlage anders entscheidet, sind im Hotel- und Gastgewerbe für alle Arbeiter:innen die Kündigungsfristen und Kündigungstermine für Angestellte anzuwenden.**

**Dies stellt ein Ungleichgewicht dar, welches so für die Arbeitgeber:innen nicht fair bzw. in Ordnung ist.**

**Die unterfertigten Delegierten stellen daher folgenden Antrag:**

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Salzburg möge beschließen,

a.) die Bundesregierung im Wege der Wirtschaftskammer Österreich aufzufordern, von der gängigen Praxis der einheitlichen Branchenregelung auf eine „regionale“ Regelung für Regionen umzustellen, in der vorwiegend Saisonarbeit verrichtet wird und dafür einen „Kriterienkatalog“ auszuarbeiten, und

b.) die Wirtschaftskammer bei den Kollektivvertragsverhandlungen mit dem Sozialpartner auf eine Regelung für „Regionen mit vorwiegender Saisonarbeit“ im Kollektivvertrag neu auszuverhandeln.





Mag. Dorothea Fiedler Josef Fritzenwallner Komm. Rat Christian Kittl

 WP-Del. WP-Del. WP-Del.

Salzburg, am 16. 04. 2023